

Kurzwahlprogramm der FDP Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2006

Den Mittelstand stärken, Arbeitsplätze schaffen

Der Mittelstand ist die Basis des Wohlstands in Rheinland-Pfalz. Er beschäftigt bei uns mehr als vier Fünftel der Arbeitnehmer und bildet 90 Prozent der Lehrlinge aus. Die FDP Rheinland-Pfalz setzt auf die kleinen und mittleren Unternehmen und auf die Freiberufler als Motoren der Sozialen Marktwirtschaft.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik schafft Arbeitsplätze und ist die beste Sozialpolitik. Aber dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen: konsequente Beschränkung staatlicher Wirtschaftstätigkeit, Bürokratieabbau, kein Ladenschluss an Werktagen, Reform des Kündigungsschutzes und des Flächentarifvertrages, Reform der Sozialversicherungssysteme mit mehr Eigenvorsorge und damit niedrigere Lohnzusatzkosten, weniger Steuern und ein einfaches, gerechtes Steuersystem.

Wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen, werden Verantwortung und Selbstständigkeit nicht mehr als Last, sondern als Lust empfunden. Und neue Unternehmer brauchen wir dringender denn je. Deshalb will die FDP Rheinland-Pfalz die Kultur der Selbstständigkeit fördern – für mehr Existenzgründungen und für mehr Arbeitsplätze. Auf Eigenverantwortung muss schon die Ausbildung der jungen Menschen ausgerichtet sein, in der Schule und in den Betrieben. Zur Integration von eher praktisch veranlagten Jugendlichen muss es auch einfache, ein- oder zweijährige Ausbildungsberufe geben. Völlig verfehlt wäre eine Ausbildungsplatzabgabe.

Forschung und neue Technologien sichern die Zukunft

Das Fundament unserer Lebensqualität sind die Erkenntnisse der Wissenschaft und deren praktische Umsetzung. Ohne technischen Fortschritt und Innovation gibt es keinen Wohlstand, keine sicheren Arbeitsplätze und keine lebenswerte Umwelt.

Deshalb will die FDP in Rheinland-Pfalz, wo auch weltweit führende und mittelständische Chemie- und Pharmafirmen ihren Sitz haben, dass Innovations- und Investitionshemmnisse abgebaut werden.

Die FDP Rheinland-Pfalz will auch die Chancen der Gentechnologie einschließlich der so genannten „Grünen Gentechnik“ nutzen und wird sich bei der Stammzellenforschung für eine im globalen Wettbewerb konkurrenzfähige Forschung einsetzen. Das wollen wir nicht zuletzt im Interesse schwer kranker Menschen tun.

Die FDP Rheinland-Pfalz steht für eine ideologiefreie Technologiepolitik. Sie will durch einfache Genehmigungsverfahren und innovationsfreundliche Regelungen ein gutes Klima für technologische Entwicklungen schaffen, noch mehr Investoren ins Land holen und damit zusätzliche zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. Sie will den Technologiestandort Rheinland-Pfalz im nationalen und internationalen Wettbewerb nachhaltig stärken.

Kleinen und mittleren Unternehmen fällt bei der Anwendung neuer Technologien eine wichtige Rolle zu. Deshalb will die FDP Rheinland-Pfalz den kleinen und mittleren Unternehmen helfen. Beispielsweise mit der Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die den heutigen, schnellen Innovationszyklen gerecht werden.

Rheinland-Pfalz zum Bildungsland Nr. 1 machen

Bildung ist der Schlüssel zu Freiheit und Verantwortung und die wichtigste Ressource im internationalen Wettbewerb. Deshalb brauchen wir eine neue Lernkultur. Damit müssen wir schon in der Familie beginnen. Die FDP nimmt die Verantwortung der Eltern in Bildung und Erziehung ernst und will sie unterstützen. Bildungschancen dürfen in unserem Land nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Grundlage liberaler Bildungspolitik ist die Chancengerechtigkeit am Start – genauso wie die Vielfalt der individuellen Fähigkeiten, Leistungsmöglichkeiten und Ergebnisse. Schon im Kindergarten muss jedes einzelne Kind gezielt auf die Grundschule vorbereitet werden. Vor allem die sprachlichen Fähigkeiten sind Voraussetzung für eine erfolgreiche schulische Laufbahn. Deshalb sollen Kinder in Zukunft ein Jahr vor der Einschulung einen Sprachtest machen – und, wenn nötig, eine verpflichtende intensive Sprachförderung bekommen. Die enge

Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtung und Elternhaus ist ein wichtiger Baustein für die Qualität von Bildung. Deshalb will die FDP trotz zurückgehender Kinderzahlen auch die kleinen Grundschulen „im Dorf lassen“. Weil wir wollen, dass Kinder passgenau und individuell an den weiterführenden Schulen gefördert werden, fordern wir verbindliche Schullaufbahneempfehlungen. Wir stehen zum gegliederten Schulsystem. Eine Einheitsschule wird es mit der FDP Rheinland-Pfalz nicht geben. Der Ausbau von Integrierten Gesamtschulen muss gestoppt werden. Wir wollen eine Zukunftsperspektive für die Hauptschule – gerade in den Zentren von Rheinland-Pfalz. Die FDP sieht die Duale Oberschule als modernes, stark beruflich orientiertes und durchlässiges Bildungsangebot als Modell der Zukunft. Sie wird deshalb im Gesetz als Regelschule verankert werden. Die Duale Oberschule leistet einen wichtigen Beitrag zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Um Haupt- und Realschulabschlüsse aufzuwerten, wollen wir zentrale Abschlussprüfungen einführen – und das Zentralabitur auch für Rheinland-Pfalz. Die Prüfungen sollen sich an länderübergreifend abgestimmten, einheitlichen Bildungsstandards orientieren. Die FDP will Prüfungen durch Vergleichsarbeiten in allen Schulformen und regelmäßige externe Bewertung durch einen unabhängigen privaten Dienstleister ergänzen. So entstehen Transparenz und Qualität. Qualität von Bildung und gute Ergebnisse erbringen selbstständige Schulen und verantwortliche Schulleitungen. Weniger bürokratische Gängelung schafft mehr Wettbewerb und damit Leistung. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler überall in Rheinland-Pfalz das Abitur bereits nach 12 Jahren ablegen können – ohne Verlust von Durchlässigkeit und Qualität. Die von der FDP durchgesetzte erfolgreiche Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler an den vier Standorten in Mainz, Trier, Kaiserslautern und Koblenz muss in die Fläche und bis in die frühe Kindheit hinein ausgedehnt werden.

Wissen schafft Arbeitsplätze – Wissen schafft Freiheit

Gut ausgestattete, leistungsfähige Hochschulen sind im Interesse von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und insbesondere der Studierenden. Mit dem von der FDP Rheinland-Pfalz durchgesetzten 125-Millionen-Hochschulsonderprogramm „Wissen schafft Zukunft“ hat sie ihre Priorität für den Bildungsstandort Rheinland-Pfalz und für Spitzenleistung in Forschung und Lehre deutlich gemacht. Diesen Weg gehen wir

weiter. Die FDP fordert ein 300-Millionen-Innovationsprogramm, weil die Unterstützung von neuen Ideen, Wissenschaft und Forschung der einzige Weg ist, um in einer globalisierten Welt neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Zur Finanzierung der Hochschulen haben wir ein „Drei-Säulen-Modell“ entwickelt: staatliche Grundfinanzierung, Studiengebühren, Drittmittel und Vermögen. Einer kritischen Bewertung muss die verfasste Studierendenschaft unterzogen werden, insbesondere deren Finanzierung durch Zwangsbeiträge.

Universitäten und Fachhochschulen haben sich in Ergänzung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre bei der Bewältigung des Strukturwandels in Rheinland-Pfalz und bei der Ansiedlung neuer Unternehmen bewährt. Deshalb muss die regionale Verankerung der Hochschulstandorte gestärkt, muss der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft ausgebaut werden.

Die FDP bekennt sich ausdrücklich zu den dualen Studiengängen an den Fachhochschulen. Die Kombination eines Hochschulstudiums mit berufsbegleitenden Bestandteilen ist aus ihrer Sicht eine Ausbildungsform der Zukunft. Priorität hat die bessere Ausstattung der Fachhochschulen wegen der besonders anwendungsbezogenen und praxisorientierten Studiengänge. Die Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung wird von der FDP nachdrücklich unterstützt. Die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen ist für sie unabdingbar.

Weg vom Öl – regenerative Energien fördern

Die globalen Verteilungskämpfe um die endlichen Rohstoffe Erdöl und Erdgas werden zu weiter steigenden Preisen führen. Um eine dramatische Krise zu verhindern, muss auch auf Landesebene eine vorausschauende Energiepolitik gemacht werden. Ziel dieser Politik ist ein Energiemix zu bezahlbaren Preisen. Aufgabe des Staates ist es, die Energieversorgung langfristig zu sichern und alle technischen, ökonomischen und politischen Optionen offen zu halten. Aufgabe aller ist es, Energie zu sparen. Die noch von der grün-roten Bundesregierung eingeführte so genannte „Öko-Steuer“ lehnt die FDP ab.

Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für Wettbewerb auf den Energiemärkten müssen mit dem Ziel verbessert werden, Effizienzpotenziale in den Netzen auszuschöpfen.

Regenerative Energien müssen optimal gefördert werden. Es darf aber keine Dauersubventionen geben, schon gar nicht von Systemen ohne ausreichende Rentabilität und ohne Zukunft. Das Land sollte deshalb seine Mittel auf die Förderung von Energiesystemen wie Wasserkraft, Solarthermie, Geothermie, Biomasse und insbesondere die Erforschung und Anwendung von Bio-Diesel und Bio-Ethanol ausrichten. Auch die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen sollte in Rheinland-Pfalz erprobt werden. Ökonomisch und ökologisch unsinnig sind aus Sicht der FDP Windräder. Sie sind Überbleibsel einer ideologisch motivierten grün-roten Energiepolitik und verschandeln zudem die schöne rheinland-pfälzische Landschaft.

Mobilität schafft und erhält Arbeitsplätze

Erfolgreiche Verkehrspolitik ist eine wichtige Grundlage für Lebensqualität, wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Arbeitsplätze. Die Verkehrspolitik der FDP Rheinland-Pfalz hat entscheidend dazu beigetragen, die Weichen für Rheinland-Pfalz in Richtung Zukunft zu stellen. Die von der FDP initiierte Mobilitätsoffensive belegt dies überzeugend. Diese Politik will die FDP fortsetzen und fordert deshalb 500 Millionen Euro für die weitere Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere in den strukturschwachen Räumen. Dabei gilt: Ausbau vor Neubau. Gleichwohl ist auch der Neubau von Straßen weiterhin notwendig.

Weil die Planung und der Bau von Verkehrswegen in Deutschland zu lange dauern und auch deshalb so teuer sind, müssen alle Möglichkeiten für eine schnellere Planung ausgeschöpft werden.

Die Straße ist der Verkehrsträger Nummer eins. Deshalb kommt einem leistungsfähigen Straßennetz eine besondere Bedeutung zu, gerade für Rheinland-Pfalz als Land mit der höchsten Exportquote der Flächenländer.

Der Rheinland-Pfalz-Takt hat sich zu einem bundesweit anerkannten Markenartikel für die ÖPNV- und Schienen-Personennahverkehrspolitik des Landes entwickelt. Dieses Vorzeigeprojekt wird die FDP fortführen. Sie bekennt sich aber auch zum ÖPNV auf der Straße.

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union ist Rheinland-Pfalz geografisch zum Mittelpunkt der größeren EU geworden. Deshalb muss Rheinland-Pfalz als Logistik-Standort ausgebaut werden. Dabei kommt auch der Binnenschifffahrt und dem Ausbau der Häfen ein hoher Stellenwert zu.

Der Luftverkehr hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt. Daran hat Rheinland-Pfalz mit dem Flughafen Hahn in dem ansonsten eher strukturschwachen Hunsrück entscheidenden Anteil. Die FDP will die Flughäfen Frankfurt/Main und Frankfurt Hahn zu einem Flughafensystem verknüpfen. Dazu brauchen Hahn und Frankfurt eine schnelle und leistungsfähige Bahnverbindung. Alle Ausbaumaßnahmen der beiden Flughäfen müssen mit den geringsten Belastungen für die Bevölkerung erfolgen.

Tourismus – der Motor für neue Arbeitsplätze

Rheinland-Pfalz ist mit seinen Landschaften, Kulturgütern, dem Wein und anderen regionaltypischen Produkten ein attraktives Urlaubsland. Jeder zwölfte Arbeitsplatz im Land wird direkt oder indirekt durch den Tourismus gesichert.

Die FDP Rheinland-Pfalz fordert die konsequente Umsetzung des gemeinsamen rheinland-pfälzischen Tourismuskonzeptes in allen Regionen. Dazu gehört auch die internationale, mehrsprachige Ausrichtung. Barrierefreie Urlaubsregionen sollen für Menschen entstehen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind.

Besonders der Radtourismus boomt. Mit einer Radwege-Initiative von 100 Millionen Euro wollen wir die großräumigen Radwegenetze ausbauen – insbesondere in den großen Flusstälern. Die Formel Eins auf dem Nürburgring muss gesichert, der Ring und seine Umgebung sollen sich zu einer Erlebnis- und Freizeitregion Nürburgring weiterentwickeln. Die Chancen des Flughafens Hahn für den Tourismus aus dem Ausland müssen konsequent genutzt werden. Um Rheinland-Pfalz insgesamt auf dem internationalen Tourismusmarkt noch besser zu positionieren, wollen wir das Rheinland-Pfalz-Image weiter stärken, nicht zuletzt als Weinland.

Kultur ist "Lebensmittel"

Die Kultur darf nicht das erste Opfer der Finanznot werden. Kultur ist nicht nur für den Einzelnen von Bedeutung, sondern ist auch ein so genannter „weicher Standortfaktor“, der die Ansiedlung von Unternehmen und den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte fördert. Auch als Magnet für den Tourismus und als Brücke zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Menschen anderer Nationen hat Kultur große Bedeutung. Dabei setzt die FDP nicht nur auf die Staatskultur. Privatinitiative zu fördern und freie Gruppen zu stärken – das ist für uns sehr wichtig. Auch in der Kultur spornen Eigenständigkeit und Wettbewerb an.

Weil für die Fortentwicklung des Kulturlandes Rheinland-Pfalz nicht nur kreative Köpfe, sondern auch professionelle Kulturvermittler und -manager notwendig sind, möchte die FDP Rheinland-Pfalz einen Weiterbildungsstudiengang „Kulturmanagement“ an einer Hochschule des Landes einrichten. Und um den – weithin unbekanntem – ökonomischen Stellenwert der Kultur einmal zu dokumentieren, soll es einen Kulturwirtschaftsbericht geben.

Medien prägen unsere Zukunft

Die FDP Rheinland-Pfalz bekennt sich zum dualen Rundfunksystem, zum Nebeneinander von privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Insbesondere auf die dritten öffentlich-rechtlichen Programme als Vermittler regionaler und kultureller Identität legt sie großen Wert. Die FDP Rheinland-Pfalz lehnt eine TV-Steuer ab und hält an der Gebührenpflicht für die öffentlich-rechtlichen Programme fest. Ob die Festsetzung und die Höhe der Gebühr allerdings zeitgemäß sind, scheint zumindest zweifelhaft; eine Reform der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist unabdingbar.

Schleichwerbung muss unterbunden werden, das Werbeverbot im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach 20 Uhr muss bleiben. Gewaltszenen in Film-Vorankündigungen vor 20 Uhr sollen verboten werden. Wenn es um die Würde des Menschen geht, darf auch bei den privaten Anbietern die Einschaltquote nicht der einzige Maßstab sein. Auch im Rundfunk gehören Freiheit und Verantwortung zusammen.

Die Struktur der Landesmedienanstalten ist zu teuer. Die FDP Rheinland-Pfalz will deshalb nur noch fünf statt derzeit 15 Landesmedienanstalten. Die

Landesmedienanstalten Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland sollen zusammengelegt werden. Parteien sollen sich nicht mehr an Presse- und Rundfunkunternehmen beteiligen dürfen. Die noch von Grün-Rot für den Hörfunk propagierte Quote deutscher Musik lehnt die FDP Rheinland-Pfalz ab. Sie wäre nichts anderes als Zensur.

Mit Blick auf die Zwei-Länder-Anstalt Südwestdeutscher Rundfunk (SWR) wird die FDP Rheinland-Pfalz auch in Zukunft darauf achten, dass Rheinland-Pfalz bei Entwicklung, Produktion und Programm mindestens den gleichen Stellenwert einnimmt wie Baden-Württemberg.

Rheinland-Pfalz hat aufgrund der Konzentration der Medienbranche, seiner Ausbildungskapazitäten und seiner günstigen geographischen Lage die Chance auf eine nationale Spitzenposition. Die FDP plant einen Ausbau des Medienstandortes Rheinland-Pfalz im Hinblick auf Ausbildung, Know-How-Transfer und wirtschaftliche Nutzung.

Rechtsstaat stärken – Freiheit sichern

Freiheit in Sicherheit – das ist das zentrale Anliegen der FDP Rheinland-Pfalz in der Innen- und Rechtspolitik. Deshalb wird es unser übergeordnetes Ziel bleiben, die innere Sicherheit zu gewährleisten, ohne den Rechtsstaat in Frage zu stellen.

Zum liberalen Rechtsstaat gehört die Mitwirkung der Bürger. Deshalb wollen wir Bürgerentscheide und Bürgerbegehren in Rheinland-Pfalz leichter möglich machen und Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene zulassen.

Der Datenschutz ist wesentliches Element des liberalen Rechtsstaates. Er darf und muss nicht im hektischen Aktionismus gegen den Terrorismus auf der Strecke bleiben.

Mit dem so genannten „Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“ werden seit 1. April (!) 2005 alle Bürger unter Generalverdacht gestellt, wird das Bankgeheimnis nicht mehr gewahrt. Das will die FDP rückgängig machen.

Für die FDP hat die Selbstbestimmung des Einzelnen bei persönlichen Entscheidungen einen überragenden Stellenwert. Das gilt auch am Lebensende, wo die Menschen in bestimmten Grenzen die Umstände ihres Sterbens selbst

bestimmen dürfen sollen. Deshalb wollen wir gesetzlich geregelte Patientenverfügungen.

Durch Kriminalität wird der Rechtsstaat bedroht. Kriminalität muss deshalb dauerhaft und wirksam bekämpft werden. Dabei ist Prävention sehr wichtig. Zur Bekämpfung der Kriminalität brauchen wir eine modern ausgestattete Polizei und ausreichend viele Polizisten. Der heutige Personalbestand von rund 9.000 Beamten in Rheinland-Pfalz darf in den nächsten Jahren nicht unterschritten werden.

Unverzichtbar für den Rechtsstaat ist eine bürgernahe, leistungsfähige und unabhängige Justiz. Diese muss finanziell angemessen ausgestattet sein. Reformen dürfen nicht den Rechtsschutz für die Bürger in Frage stellen, das beschleunigte Strafverfahren muss an Bedeutung gewinnen.

Wichtig für die FDP Rheinland-Pfalz ist der Opferschutz. Die Opfer von Kriminalität und ihre Angehörigen dürfen vom Staat nicht alleine gelassen werden. Strafgefangene sollen nicht nur weggeschlossen, sondern resozialisiert werden.

Am Berufsbeamtentum als einer wesentlichen Säule des demokratischen Rechtsstaates hält die FDP fest.

Moderne und effiziente Verwaltung für den Bürger

Die FDP hält eine kommunale Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz für dringend erforderlich. Die kommunalen Verwaltungseinrichtungen müssen kostengünstiger, effizienter und für den Bürger übersichtlicher werden. Das ehrenamtliche Engagement der Menschen in ihrer Gemeinde muss wieder mehr Bedeutung und Wirkung haben. Die (Orts-)Gemeinden müssen in ihrer finanziellen Selbstbestimmung und politischen Eigenverantwortung gestärkt werden. Die Kommunalverwaltung muss insgesamt für die Zukunft fit gemacht werden: in wirtschaftlicher, demografischer und kommunikationstechnischer Hinsicht.

Die FDP hatte als erste Partei in Rheinland-Pfalz eine „kommunale Verwaltungsreform“ zum Thema gemacht und damit ein politisches Tabu aufgebrochen. Die FDP begrüßt, dass inzwischen auch die beiden großen Parteien und die kommunalen Spitzenverbände die Notwendigkeit einer kommunalen Verwaltungsreform sehen.

Diese Einsicht darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Die FDP als die treibende politische Kraft für effiziente Strukturen, bürgernahe Verwaltung und lebendige Ortsgemeinden hat bereits einen Vorschlag unterbreitet.

Da in dieser für das Land und die Bevölkerung so bedeutsamen Frage ein möglichst breiter Konsens gefunden werden sollte, sind Parteien und die kommunalen Spitzenverbände aufgefordert, konkrete Vorschläge für eine effiziente, kommunale Verwaltungsreform vorzulegen.

Darauf aufbauend muss von einer von der Landesregierung unverzüglich einzusetzenden Expertenkommission „Kommunalreform“ ein konkretes Reformkonzept vorgelegt werden, das bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2009 umgesetzt werden muss.

Der FDP-Vorschlag lautet:

Der Zusammenschluss kommunaler Gebietskörperschaften ist dringend geboten. Dies gilt besonders für Gemeinden, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und (zurückgehende) Einwohnerzahlen eine wirtschaftliche und verwaltungstechnische Eigenständigkeit sinnvoller Weise nicht gestatten. So sollten sich Kleinst- und kleine Gemeinden oder auch hinsichtlich der Einwohnerzahl kleinere Landkreise zusammenschließen. Wirtschaftlich weniger leistungsfähige Kreisfreie Städte sollten erwägen, sich einem benachbarten Landkreis anzuschließen. Für Liberale steht hierbei der freiwillige Zusammenschluss an erster Stelle. Zur Förderung freiwilliger Zusammenschlüsse fordert die FDP die Schaffung von Anreizsystemen. Ebenso fordert die FDP zur Nutzung von Synergieeffekten die Schaffung kommunaler Kooperationsgemeinschaften zwischen den Verwaltungen mehrerer Gebietskörperschaften an einem Standort.

Die drei bestehenden kommunalen Entscheidungsebenen -- (Orts-)Gemeinde, Verbandsgemeinde, Landkreis -- sollten auf zwei -- Gemeinde und Landkreis --

zurückgeführt werden, insbesondere durch eine Aufgabenerledigung durch Verwaltungsgemeinschaften.

Diese Neugliederung setzt eine adäquate Finanzreform voraus.

Sport ist gelebte Sozialpolitik

Sportpolitik hat für die FDP Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert. Der Sport bewegt im wahrsten und im übertragenen Sinne des Wortes Millionen Menschen. Sportliche Betätigung wird angesichts zunehmender Bewegungsarmut in einer technisierten Gesellschaft immer wichtiger. Sport ist aus Sicht der FDP Rheinland-Pfalz aber viel mehr als nur körperliche Bewegung. Er ist Gesundheitspolitik im besten Sinne, Jugendpolitik par excellence und gelebte Sozialpolitik. Auch gegen Gewalt kann Sport ein probates Mittel sein, denn oftmals haben Aggressivität und Gewaltbereitschaft ihre Ursache in mangelnden Möglichkeiten zum Austoben, zu Risiko und Abenteuer, zum Ausprobieren der eigenen Fähigkeiten. Sport trägt auch zur Integration bei, weil er drei wesentliche Voraussetzungen für das Zusammenleben lehrt: die freiwillige Einordnung in die Gemeinschaft, die Einhaltung von Regeln und die Mechanismen zur kontrollierten Konfliktlösung. Gerade auch für ältere Menschen werden Sportangebote bedeutsamer, werden sie doch immer fitnessbewusster. Und auch der Vereinsamung und der Resignation im Alter kann Sport, gerade in der Gemeinschaft, entgegenwirken.

Zur Bewältigung des großen Zuspruchs brauchen Sportvereine und -verbände Unterstützung. Die FDP Rheinland-Pfalz will deshalb das auslaufende Drei-Millionen-Euro-Programm aufstocken und jährlich fünf Millionen für die Sanierung und Renovierung von Sportstätten zur Verfügung stellen.

Landwirtschaft und Weinbau prägen unsere Heimat

Die FDP Rheinland-Pfalz war, ist und bleibt für die Landwirte, Forstwirte und Winzer der Garant gegen eine ideologisch geprägte Politik der Bevormundung. Die FDP Rheinland-Pfalz hat sich aber auch immer von der Politik des Stillstands nach dem

Motto „Alles bleibt, wie es ist“ distanziert. Die FDP Rheinland-Pfalz steht vielmehr für leistungsorientierten Fortschritt und für eigenverantwortliches Unternehmertum.

Im Mittelpunkt der FDP-Politik steht der unternehmerisch denkende und handelnde Landwirt, Forstwirt und Winzer. Unser besonderes Augenmerk gilt der Landjugend und dem beruflichen Nachwuchs. Gerade für ihn will die FDP die Rahmenbedingungen so gestalten, dass weiterhin unternehmerischer Gestaltungsspielraum bleibt. Die etwa 28 000 landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz produzieren nicht nur hochwertige und gesunde Nahrungsmittel, sondern gestalten durch naturnahes, umweltschonendes Wirtschaften attraktive Lebensräume. Bei der Gestaltung der ländlichen Räume und der Kulturlandschaften kommt den leistungsstarken Betrieben eine Schlüsselfunktion zu. Ihnen müssen auch in Zukunft durch neue Produkte neue Märkte erschlossen werden. Ihre Leistungen für den Naturhaushalt müssen honoriert werden. Grundvoraussetzung für den Weiterbestand der heimischen Landwirtschaft ist die konsequente Ausrichtung einer qualitäts- und verbraucherorientierten Angebotspalette auf die Erfordernisse des Marktes. Dazu müssen die Vermarktungsstrukturen verbessert werden. Unnötige bürokratische Auflagen müssen abgeschafft, wettbewerbsverzerrende Steuern gesenkt und über das EU-Recht hinausgehende Anforderungen rückgängig gemacht werden. Moderner Naturschutz in der Fläche ist auf Dauer nur im Einklang mit einer nachhaltigen Landwirtschaft möglich.

Verbraucherschutz ist eine elementare Querschnittsaufgabe. Deshalb gelten für die FDP verbraucherorientierte Qualitätsstrategien wie „Vom Weinberg bis ins Weinglas“ und „Vom Stall bis auf den Teller“. Um die enge Verzahnung von Produktion und Verbraucherschutz zu stärken, will die FDP Rheinland-Pfalz ein umfassend zuständiges Verbraucherschutzreferat im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

Zwei Drittel des deutschen Weins kommen aus Rheinland-Pfalz. Der Wein ist ein hochwertiges Kulturgut, der Weinbau ein bedeutender Wirtschaftszweig. Damit das so bleibt, will die FDP Rheinland-Pfalz auch hier konsequent auf Qualität setzen. Sie unterstützt unternehmerische Kreativität und Entscheidungsfreiheit auf der Grundlage fairer Produktionsbedingungen. Überflüssige Vorschriften und staatliche Eingriffe lehnt sie ab. Ziel liberaler Weinbaupolitik ist die Erhaltung des mittelständisch geprägten Weinbaus in Rheinland-Pfalz und die Stärkung seiner

Wettbewerbsfähigkeit. Für die noch bessere Positionierung rheinland-pfälzischer Weine im In- und Ausland hält die rheinland-pfälzische FDP Qualitäts- und Marktoffensiven für notwendig. Dazu müssen die Angebots- und Vermarktungsstrukturen verbessert werden.

Unsere Umwelt bewahren

Umweltschutz ist Sache aller Bürger. Vor allem mit Blick auf eine effiziente, kostengünstige und zukunftsorientierte Energie- und Trinkwasserversorgung, Abfallwirtschaft und zukünftigen Flächenverbrauch kommt es darauf an, die Lebensinteressen der Menschen und den Erhalt der Umwelt in Einklang zu bringen. Für die rheinland-pfälzische FDP gilt der Grundsatz: Die Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor der Beseitigung von Umweltschäden. Umweltschutz muss aber an die Realität und Realisierbarkeit angepasst sein. Nachhaltiger Naturschutz kann nur in europäischer und internationaler Kooperation und frei von ideologischen Übertreibungen zum Erfolg führen.

Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Land in Deutschland. Der Wald hat eine große ökonomische und eine große ökologische Bedeutung. Der Wald ist aber auch ein stark nachgefragter Erholungsraum mit positiven Wirkungen für Tourismus und Beschäftigung. Die FDP Rheinland-Pfalz ist sich der vielfältigen Bedeutung des Waldes bewusst und unterstützt eine nachhaltige, multifunktionale Forstwirtschaft. Die FDP Rheinland-Pfalz steht zu dem Grundsatz „Wald vor Wild“, bejaht also die Jagd. Die Jagdsteuer als Bagatelsteuer wollen wir abschaffen.

Liberaler Sozial- und Gesundheitspolitik lebt von Eigenverantwortung und Solidarität

Liberaler Sozialpolitik ist geprägt von den Grundsätzen der Eigenverantwortung und Solidarität. Falsch verstandene Fürsorge von der Wiege bis zur Bahre macht abhängig und entmündigt. Ziel liberaler Sozialpolitik ist die (Rückführung zur) Eigenverantwortung.

Die derzeit vor allem umlagefinanzierten Sozialsysteme sind nicht demografiefest. Eigenverantwortung und kapitalgedeckte Sozialversicherungssysteme sind die liberale Antwort auf diese Herausforderung.

Das FDP-Modell des Bürgergeldes verzahnt die unübersehbare Zahl der staatlichen Sozialleistungen mit dem Steuersystem. Es macht Fleiß und Anstrengung wieder lohnend – auch im Niedriglohnbereich. Bis zur Einführung des Bürgergeldes muss die Sozialhilfe für die tatsächlich Bedürftigen da sein. Sie muss aber auch die Selbstständigkeit der Hilfeempfänger stärken. Sozialhilfebetrug muss unterbunden werden. Der Sozialstaat darf aus Sicht der FDP nur für die Schwachen da sein, nicht für die Faulen.

Seniorenpolitik ist für die FDP mehr als Politik für alte, kranke, hilfe- und pflegebedürftige Menschen. Die Teilhabe von Senioren ist für uns eine Bereicherung einer liberalen Gesellschaft. Um die Renten zu sichern, brauchen wir eine längere Lebensarbeitszeit. Die will die FDP in erster Linie durch einen früheren Berufsbeginn. Das Rentenalter muss generell bei 65 Jahren liegen, Frühverrentungen müssen die große Ausnahme sein. Auch die private Altersvorsorge muss intensiviert werden.

Die Familie als wichtigste Lebensgemeinschaft

Die wichtigste Lebensgemeinschaft ist die Familie. Deshalb muss den Bedürfnissen der Familien besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dabei muss sich die oft kinderunfreundliche Gesellschaft wandeln zu einer Gesellschaft, in der Kinder wieder als das betrachtet werden, das sie sind: das größte Geschenk. Das gilt auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für uns Liberale heißt es nicht "Kinder oder Beruf", sondern "Kinder und Beruf".

Begrenzte und gesteuerte Zuwanderung als ersten Schritt für eine erfolgreiche Integration

Die FDP Rheinland-Pfalz steht für eine offene Gesellschaft. Sie begrüßt die ethnische und kulturelle Differenzierung, betrachtet aber die Integration, insbesondere die sprachliche, als unverzichtbar. Unsere Gesellschaft ist aber nur

begrenzt integrationsfähig. Deshalb wollen wir eine begrenzte und gesteuerte Zuwanderung.

Moderner Städtebau dient der Daseinsfürsorge

Die FDP wird alles tun, dass landesweit auch bei den zu erwartenden demografischen Veränderungen eine Grundversorgung der Bürger in allen Landesteilen mit wesentlichen staatlichen Leistungen der Daseinsvorsorge erhalten bleibt. Damit Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit vertretbarem finanziellen Aufwand betrieben werden können, müssen Gemeinden – insbesondere in strukturschwachen Regionen – in überlebensfähiger Größenordnung gestärkt werden.

Der demografische Wandel darf nicht zu einem ruinösen Wettbewerb einzelner Landkreise und Städte um Gewerbe und Einwohner führen. Die FDP Rheinland-Pfalz fordert deshalb die Entwicklung von Leitbildern für die zukünftige Struktur des Landes. Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser oder auch der ÖPNV erfordern eine Mindestzahl von potenziellen Nutzern, wenn sie bezahlbar bleiben sollen. Deshalb brauchen wir überlebensfähige Siedlungsräume mit bezahlbarer Infrastruktur. Dazu bedarf es mehr denn je der Zusammenarbeit der Kommunen. Damit die Innenstädte nicht veröden, brauchen wir Konzepte, die das verhindern, beispielsweise indem keine Bauflächen im Außenbereich mehr ausgewiesen werden. Das Privateigentum ist eine wesentliche Säule unserer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und unseres Rechtsstaates. Dem Eigentum an Grund und Boden kommt dabei besonderes Gewicht zu. Es ist deshalb das Ziel der FDP, dass möglichst viele Bürger über Wohneigentum verfügen können.

Solide Finanzen sichern unsere Zukunft

Im Interesse nachfolgender Generationen will die FDP Rheinland-Pfalz die ständig wachsende Neuverschuldung stoppen und dann die Schulden abbauen. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern hat Rheinland-Pfalz immer einen

verfassungskonformen Haushalt vorgelegt und erfüllt im Gegensatz zum Bund die Maastricht-Kriterien für einen stabilen Euro. Nach dem Willen der FDP Rheinland-Pfalz muss das auch in Zukunft so sein. Dazu muss sich der Staat auf seine Kernaufgaben beschränken und Verwaltungsreformen zur Daueraufgabe machen. Die FDP Rheinland-Pfalz fordert, dass alle Verwaltungen im Land einer Aufgabenkritik unterzogen werden. Dass Rheinland-Pfalz als erstes Land bereits 1996 einen Pensionsfonds als Vorsorgemaßnahme eingerichtet hat, ist auch der FDP zu verdanken. Dieser Pensionsfonds muss fortgeführt werden.

Auf Initiative der FDP gilt in Rheinland-Pfalz jetzt das so genannte „Konnexitätsprinzip“ („Wer bestellt, bezahlt“). So wird verhindert, dass das Land etwas beschließt, das dann von den Gemeinden bezahlt werden muss. Gleichwohl fordert die FDP Rheinland-Pfalz eine Gemeindefinanzreform, um der Finanzausstattung der Gemeinden eine dauerhaft solide Grundlage zu geben.

Rheinland-Pfalz in der Mitte Europas

Die Europäische Union ist für die FDP Rheinland-Pfalz Garant für eine dauerhafte, friedliche, demokratische, marktwirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Kontinents. Die EU hat eine föderale Grundordnung, in der Subsidiarität, Rechtsstaatlichkeit und die Grundfreiheiten garantiert sind. Sie soll durch eine Verfassung abgesichert werden. Wichtig ist auch die Geldwertstabilität in der EU. Deshalb wird es mit der FDP keine Aufweichung des europäischen Stabilitätspaktes und keine politische Einflussnahme auf die Europäische Zentralbank geben.

Gerade für Rheinland-Pfalz ist Europa von ganz besonderer Bedeutung. Als Land, das der geografische Mittelpunkt Europas ist, kann es seine Randlage in Deutschland überwinden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist eine große Chance für Rheinland-Pfalz.